Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeitz, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 207 — Montag, den 5. September 1921 — 49. Jahrgang

Entspannung zwischen München und Berlin?

Der 8. Ausschuß des Reichstages setzte Sonnabend seine Beratungen über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern fort.

Dr. Beyerle (bayr. Volkspartei) verbreitete sich zunächst über die verfassungsmäßigen Rechte des 8. Ausschusses. Er äußerte die Meinung, daß alle Anträge, mit Ausnahme desjenigen der bürgerlichen Parteien, die gestern im Ausschuß zur Sprache gekommen seien, außerhalb der Kompetenzen des Ausschusses lägen. Redner begrüßt im übrigen die Momente der sich anbahnenden Beruhigung und Entspannung in den Beziehungen zwischen Reich und Bayern. Was den bayrischen Ausnahmezustand betreffe, so sei dieser absolut nicht verfassungswidrig, sondern gesetzlich durchaus begründet. Die Notwendigkeit des Ausnahmezustandes für Bayern sei erwiesen. Es liege nicht im Sinne der bayrischen Regierung und der bayrischen Volkspartei, durch das Volk einen Trennungsstrich zu machen, der Bürgertum und Proletariat spalte. Der Ausnahmezustand habe lediglich den Zweck, Gewalt zu bekämpfen, komme sie von rechts oder links. Es sei unmöglich, von Berlin aus die Zustände in Bayern zu meistern. Redner erklärte, daß er zurzeit einen Antrag nicht stellen wolle, aber der friedlichen Lösung der Angelegenheit auf dem Wege der Verhandlungen mit großer Hoffnung entgegensehe.

Reichskanzler Dr. Wirth geht zunächst auf ein in München angeschlagenes Plakat ein und weist auf die darin enthaltenen direkt wahrheitswidrigen Behauptungen über Erzberger hin. Fortfahrend erklärt Dr. Wirth dann: Aber ich will persönliche Worte sprechen. Wir wollen die Angelegenheit friedlich lösen, und ich freue mich, daß der Abg. Beyerle als Beauftragter seiner Partei insbesondere zu solchen Verhandlungen sich bereit erklärt hat, wie dies auch der Abg. Dirr von der demokratischen Partei in Bayern bereits getan hat. Aber der Schritt, von dem hier gesprochen wird, ist bereits erfolgt. Wir haben bereits gestern mittag eine Besprechung mit den beauftragten Herren aus Bayern abgehalten. Die Reichsregierung hat die gesamte Lage, wie sie sich in Bayern und im Reich ergeben hat, eingehend und sogleich mit den bayrischen Herren besprochen. Das werden die beteiligten Herren ohne weiteres anerkennen. Alle drei Herren aus Bayern haben mir mitgeteilt, daß sie gern bereit sind, sofort in Verhandlungen einzutreten. Es hat sich bei den Besprechungen aber herausgestellt, daß doch noch eine Reihe von Mißverständnissen vorhanden ist, die erklärlich sind, weil die Ausführungsbestimmungen der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten den Herren aus Bayern noch nicht bekannt waren. Es ist notwendig, diese Ausführungsbestimmungen in allen Einzelheiten mit den Herren aus Bayern durchzusprechen und auch dem bayerischen Staatsministerium Gelegenheit zu geben, zu diesen Ausführungsbestimmungen Stellung zu nehmen. Ich glaube auch sagen zu dürfen, daß die nach den gestrigen Besprechungen noch vorhandenen Differenzen nach meiner Auffassung gegenüber der großen Frage soweit zurückstehen müssen, daß es merkwürdig zugehen müßte, wenn man nicht rasch zu einer Einigung kommen könnte. Infolgedessen habe ich den Herren aus Bayern vorgeschlagen, daß die bayerische Staatsregierung zunächst in den kommenden Tagen auf Grund des Berichtes, den die Herren in München erstatten wollen, zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen soll und daß wir dann anfangs nächster Woche in Berlin wieder zusammenkommen wollen, um die Beratungen, wie ich hoffe, zu einem guten Ende zu führen. Die bayerischen Herren haben dieser meiner Auffassung zugestimmt und werden sich anfangs nächster Woche, spätestens Mittwoch, zu diesen Beratungen wieder in Berlin zusammenfinden. Ich möchte besonders betonen, daß die bayerischen Koalitionsparteien, wie gestern Herr Dr. Dirr, auch heute zum Ausdruck gebracht haben, daß sie willens sind, diese Verhandlungen zu fördern. Damit ist der Weg betreten, den wir auch bei den schwierigen Fragen im Frühjahr betreten haben, der damals auch zum Ziel geführt hat. Ich wäre deshalb dem Ausschuß sehr dankbar, wenn er im Hinblick auf diese Verhandlungen, die ja die Sache nur um wenige Tage hinausschieben können, heute von einer Beschlußfassung absehen wollte. Dann habe ich noch eine Bemerkung wegen der Frage der Kompetenzen dieses Ausschusses zu machen. Auch diese Frage wollen wir in der Regierung einer Klärung zuführen und dann in den nächsten Beratungen mit Ihnen dazu Stellung nehmen, nachdem wir auch mit den Parteien Fühlung genommen haben. Ich glaube, daß meine Bemerkungen über den gestrigen außerordentlich befriedigenden Verlauf der Verhandlungen mit den Bayern wohl die Worte gewesen sind, auf die Herr Beyerle mit Recht gewartet hat."

Abg. Spahn: „Der Ausschuß ist nicht berechtigt, die Beschlüsse des Reichstages bei unveränderten Verhältnissen aufzuheben, wie es bei allen Anträgen außer dem Antrag Herold der Fall sein würde." — Reichszustizminister Schiffer: „Die Begnadigung der Kommunisten ist vielfach bemängelt worden, weil sie der Entschließung des Reichstages vom 4. Juni nicht entspricht. Auf Grund der von den Beauftragten erstatteten Vorschläge bin ich selbst in eine Nachprüfung der einzelnen Fragen eingetreten. In der weit überwiegenden Zahl der Fälle kann ich den Vorschlägen beitreten. In einzelnen Fällen ist nach der einen oder anderen Seite von ihnen abgewichen worden. Um ein zutreffendes Bild über den Umfang der Begnadigungen zu gewinnen, muß man den Abschluß der Gesamtprüfung abwarten. Ich werde alsdann dem Reichstag eine Zusammenstellung vorlegen." — Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) kommt noch einmal auf die Zuständigkeitsfrage zurück. „Die Verfassung sagt ausdrücklich, daß dieser achte Ausschuß zur „Wahrung" nicht zur Wahrnehmung" der Rechte des Reichstages bestellt ist. Er sollte nur darüber wachen, daß nicht in die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages seitens der Reichsregierung eingegriffen wird. Wohin käme man in der Praxis, wenn dieser Ausschuß das Recht haben soll, die Reichsregierung jederzeit zur Verantwortung zu ziehen, weil nach seiner Ansicht eine falsche Politik von ihr betrieben werde? Die Regierung selbst kann sich eine solche Kontrolle nicht gefallen lassen." Redner wiederholt dann sein Bekenntnis zum Schutze der Reichsverfassung und tut dies auch ausdrücklich und im Namen und Auftrag der Abgeordneten Becker und Stresemann. Die Zuverlässigkeit seiner Partei gegenüber der jetzigen Verfassung sei jederzeit eine stärkere gewesen als seinerzeit die Treue der Sozialdemokraten aller Schattierungen gegen die Verfassung von 1871. Verglichen mit dem früheren Sozialistengesetz enthalte die Verordnung des Reichspräsidenten noch ungeheuerlichere Härten. Er hoffe, daß der Ausschuß noch heute einen Beschluß im Sinne der Anträge der bürgerlichen Parteien fassen werde. — Abg. Erkelenz (Dem.): Wir sind seit langem der Auffassung, daß die Aufrechterhaltung des bayerischen Belagerungszustandes aus sachlichen Gründen nicht notwendig ist, trotzdem haben wir aus praktischen Gründen im Plenum des Reichstages den betreffenden Antrag auf Aufhebung nicht unterstützt. Was die Verordnung selbst betrifft, so sind wir der Auffassung, daß diese nötig war. Die Reichsregierung mußte dafür sorgen, daß sie die Führung in der Hand behielt.

Der Ausschuß vertagte sich hierauf auf Freitag, den 9. September, bis zu welchem Tage aller Wahrscheinlichkeit nach die Verhandlungen zwischen dem Reiche und Bayern abgeschlossen sind.

Deutsch-nationaler Parteitag.

Am dritten Tage des deutschnationalen Parteitages führte der Präsident des Reichswirtschaftsrates, Edler v. Braun, zu dem Thema „Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft" aus: Hier gelte es, in erster Linie neue Grundlagen zu schaffen für die Volksgemeinschaft. Uneinigkeit sei die erste Ursache unseres Zusammenbruches. „Wir müssen wieder das Einheitsbewußtsein und den Einheitswillen gewinnen, sonst ist alles Streben zum Wiederaufbau fruchtlos. Der erste Programmpunkt unserer Partei muß die Aufrechterhaltung des Deutschtums und des nationalen Gefühles sein. Diese Aufgabe können wir nur lösen durch planmäßige, ununterbrochene Arbeit an uns im Volke. Dazu haben wir zwei mächtige Bundesgenossen: die Wiederherstellung dessen, was seit Jahrhunderten der Traum des deutschen Volkes war, und die harte Wirklichkeit, die unserem Volke offen die Schmach zeigt, in der wir unter den Völkern der Erde leben. Wir müssen dem ganzen Volke wieder den Sinn für nationale Ehre einhämmern und die Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriege und von den deutschen Kriegsverbrechen durch unermüdliche Arbeit aus der Welt schaffen. Eine Regierung hat kein Recht, aus dem Volke mehr herauszupressen, als es nach Deckung seiner Lebensnotwendigkeiten entbehren kann. Unsere Gegner glauben ja selber nicht daran, daß Deutschland die harten Bedingungen je erfüllen kann." v. Braun führte sodann eine Reihe von Zahlen für die Richtigkeit seiner Behauptungen an. Der Gesamtbetrag der Schulden Deutschlands belaufe sich auf ungefähr 656 Milliarden Papiermark, wozu noch die 132 Milliarden Goldmark des Ultimatums kämen. Die Goldwerte könnten nur durch Arbeit, durch ungeheure Erstarkung unseres Wirtschaftslebens geschaffen werden. Aus dem Zusammenbruch Rußlands werde ein Ansteckungsherd entstehen, neben dem Europa unmöglich leben könne, ohne selbst zu Grunde zu gehen.

Hierauf sprach Staatsminister a. D. Helfferich über „Die Lage der deutschen Finanzen": „Die Zivilisation, in der wir leben, hat in der Finanzwirtschaft ein Instrument geschaffen, das in der Hand des Auslandes das Abdrosseln unserer Bevölkerungszahl um etwa 20 Millionen gestattet, die bei uns zuviel sind. Leben und Freiheit des deutschen Volkes stehen heute auf dem Spiel. Noch immer bemerken wir eine Verringerung der Arbeitsleistung. Demagogische Steuergesetze verschlimmern nur das Uebel. Die 130 Milliarden aus dem deutschen Volk herauszupressen, hat sich die Regierung erbeten." Redner verbreitete sich dann ausführlich über die neuen Besitzsteuern und betonte, daß Vermögenssteuern schon in normalen Zeiten eine Strafe für Arbeit und Sparsamkeit und eine Prämie für Tagediebe und Verschwender bedeuteten. Es müsse die Grenze eingehalten werden, die durch die Notwendigkeit der Erhaltung der Wirtschaft gezogen werde. Der Redner wies darauf hin, daß kurz vor dem Ultimatum selbst Ledebour sich gegen die Auslieferung des deutschen Produktivvermögens wandte, die Sozialdemokraten verlangen jedoch jetzt, daß das Reich die Hand auf deutsches Privateigentum in Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Industrie lege. „Schon die bloße Ankündigung der neuen Steuern hat zu einer neuen Teuerung geführt. Trotz der ungeheuren Opfer ist an eine Erfüllung des Ultimatums nicht zu denken. Alle Bemühungen der Reichsbank um Auslandskredite können den Tiefstand der deutschen Valuta nicht verhindern. Die Reichsbank ist genötigt, mehr als 60 Millionen Mark effektives Gold nach Amerika zu schicken. Der Redner schloß mit der feierlichsten Versicherung, an der Fortsetzung der Aufklärungsarbeit und an der Fortsetzung des Kampfes um die Befreiung der deutschen Wirtschaft tatkräftig mitzuarbeiten. (Lebhafter Beifall.) — Die Versammlung erhob sich dann von den Plätzen und brachte ein Hoch auf Helfferich aus. Der Vorsitzende stellte fest, daß die Deutschnationale Partei sich trotz aller Angriffe schützend vor Helfferich stellen werde.

Der Reichstagsabgeordnete Heunig gab für den nach Berlin abberufenen Reichstagsabgeordneten Wulle namens der Deutsch-Völkischen eine Erklärung ab, in der betont wird, daß der Parteitag sich auf den Boden des deutsch-völkischen Bekenntnisses stellt. Die Entschließung und die eingelaufenen Anträge wurden angenommen. Unter dem Beifall der Versammlung stellte der Vorsitzende fest, daß die Partei in dem bevorstehenden gewaltigen Kampf ebenso gewaltig und geschlossen ihren Mann stellen werde, trotz aller Drohungen gegen die Parteiführer. Nach einem donnernden Hoch auf Minister Hergt stimmte die Versammlung das Lied an: Ich hab' mich ergeben. Dann wurde der Parteitag geschlossen.

Der Reichskanzler gegen Großkapital und Reaktion.

(TU) Der Wahlkreisverband der Großberliner Zentralorganisation veranstaltete am Sonntag in der Stadthalle eine große Kundgebung, in der der Reichskanzler Dr. Wirth sprach. In der Rede wurde die durch die Ermordung Erzbergers geschaffene politische Lage erörtert. Der Kanzler sagte u. a.: Die Aufgabe der heutigen Regierung muß es sein, die Quellen der Reaktion zu verstopfen. Wir wollen, daß das demokratische Selbstbestimmungsrecht Gemeingut auf die Welt gewinne. Er erhebe sich in Deutschland gegen die Reaktion und bekenne sich zur Fahne der deutschen demokratischen Republik. Wir brauchen ein Gesetz und ich will mich dafür einsetzen, daß es schnell kommt, welches unsere Mitbürger die im politischen Kampfe stehen, schützt. Nach Würdigung der Erzbergerschen Steuerpolitik richtete der Reichskanzler scharfe Angriffe gegen das Großkapital. Dieses habe die Zahlung der Goldmilliarde erschwert. Es habe nicht patriotisch, sondern aus Egoismus und Gewinnsucht gehandelt, weil es die Ablieferung der Devisen immer wieder verzögerte in der Hoffnung, daß der Dollar weiter steigen werde. In seinen weiteren Ausführungen verteidigte der Redner sein Programm gegen die Angriffe von rechts. Er werde keinen Augenblick von seiner Politik abgehen und sei bereit, gegen die Reaktion alle staatlichen Machtmittel einzusetzen. Das Zentrum habe sich noch niemals gescheut, neue Posten zu besetzen oder sogar wiederholt Leute für den undankbaren Posten des Reichsfinanzministers gestellt, den jede andere Partei immer wieder abgelehnt habe.

Stresemann für eine Kompromißpolitik.

In einer Rede im Wahlkreisparteitag Magdeburg der Deutschen Volkspartei erklärte Dr. Stresemann, es sei notwendig, daß die Ausprägung der Banknoten nicht mehr ohne Genehmigung des Reichstages vor sich gehen dürfe. Von der Regierung verlange die Partei unparteiische Anwendung des Ausnahmezustandes und die Herstellung geordneter Zustände gegen Willkürakte linksradikaler Parteien. Er wandte sich gegen den Gedanken eines Blockes der Rechten, dem eine Linksmehrheit im Reichstage und in den meisten Ländern gegenüberstehen würde, wodurch die Spaltung des Blockes in zwei Teile zu einer dauernden Erscheinung werden würde. Es sei nichts anderes möglich als eine Kompromißpolitik.

Irlands einzige Verständigungsgrundlage

Die irische Antwort wurde Sonntag abend in London bekanntgegeben. Sie erklärt, daß das Volk Irlands keine freiwillige Union mit England anerkenne und die nur fundamentalen natürlichen Rechte für sich in Anspruch nehme, frei für sich selbst zu wählen, um sein nationales Geschick zu verwirklichen. Die Iren hätten mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit ihrer Republik sich erklärt und diesen Beschluß mehr als einmal bestätigt. England handele, als ob Irland durch Abschluß einer Union mit ihm verbunden wäre, die eine Trennung verlangt. Gestützt auf diese Theorie nehmen Regierung und Parlament in England das Recht in Anspruch, für Irland zu herrschen und ihm Gesetze zu geben, selbst bis zu dem Grade, daß sie das irische Gebiet gegen den Willen des Volkes teilen und jeden irischen Bürger, der die Untertanenpflicht ablehne, töten oder ins Gefängnis werfen. Weiter heißt es, daß die Iren die ihnen am 20. 7. übermittelten englischen Vorschläge, die in fundamentaler Weise auf dem englischen Standpunkt beruhen, unweigerlich ablehnen. Die Vorschläge seien nicht eine Einladung an Irland in eine freigewählte Gemeinschaft mit den freien Nationen des britischen Reiches einzutreten, sondern die Bedingungen anzunehmen, die sich aus dem endgültigen, minderwertigen Status ergeben. Die britischen Dominions seien gegen eine Herrschaft Englands geschützt, nicht nur durch ein anerkanntes verfassungsmäßiges Recht, das ihnen absolute Freiheit von der englischen Kontrolle gebe, sondern auch durch tausende Meilen, die sie von England trennen. Irland würde weder die Garantie der Entfernung noch des Rechtes haben. Irland sei in zwei künstliche Staaten geteilt, von denen einer den Anschluß des anderen untergrabe und der englischen Kontrolle unterwerfe. Die Iren schlagen vor: eine Regierung mit Einwirkung der Delegierten, einen Standpunkt, den die Engländer immer als einen speziell britischen Standpunkt für sich in Anspruch nahmen. Dieser Grundsatz sei die einzige Grundlage für die Beratungen zwischen England und Irland. Auf dieser Grundlage sei Irland bereit, sofort Bevollmächtigte zu ernennen.

Ungarische Truppen im Burgenland.

Auf Wunsch der interalliierten Generalkommission in Oedenburg sollten die längs der steirischen Grenze aufgestellten drei Gendarmeriekolonnen unter Führung eines englischen und eines französischen Kapitäns den Vormarsch antreten. Es ist jedoch nur der nördlichsten von den drei Kolonnen gelungen, vorwärts zu kommen, weil sich vor den anderen Kolonnen starke ungarische Banden befinden, die sogar mit Artillerie bewaffnet sind. In der Gegend von Rust ist es zu Kämpfen mit der Gendarmerie gekommen, die dort eine Bande auseinander getrieben hat. Bis jetzt sind von den 84 Gendarmerieposten, in welche Westungarn eingeteilt werden soll, bereits 61 besetzt. Oberstleutnant Pronay hat seine Operationsbasis in Steinamanger aufgeschlagen und es ist ihm nicht nur Gendarmerie, sondern auch reguläres Militär von der ungarischen Regierung zur Verfügung gestellt worden. In Eisenberg wurde der Bruder des ungarischen Gesandten in Paris, Czovsky wegen verräterischer Umtriebe von der österreichischen Behörde verhaftet. Auch in Oedenburg hat die ungarische Regierung die dortige Freischärlerbewegung durch den Einmarsch regulären ungarischen Militärs verstärkt. Ebenso wurde in Eisenstadt Artillerie festgestellt. — Als erste Repressivmaßregel hat Ungarn den am 15. Juni abgeschlossenen Kompensationsvertrag mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Durch diesen Vertrag war die Lieferung von 2000 Waggons Gemüse und 2000 Waggons Obst für die Wiener Mark gesichert.

Zusammenbruch sowjetrussischer Wirtschaftsführung.

In ihrer letzten Sitzung kam die Kommission für den Staatshaushalt in Moskau zu dem Ergebnis, daß eine Wiederherstellung der südrussischen Kohlen- und Eisenindustrie, insbesondere des wichtigen Donezbeckens aus eigener Kraft unmöglich sei. Es wurde zwar der übliche weit ausgreifende theoretische Plan einer Zusammensetzung der Werke in Petrowsk, Makejewka, Jusowska, sowie solcher in den Küstengebieten des Schwarzen und Asowschen Meeres, Taganrog, Mariupol, Kertsch ausgearbeitet, schließlich aber für unumgänglich notwendig gehalten, eine Mitarbeit des ausländischen Kapitals herbeizuführen. Weiterhin wurde beschlossen, das ausländische Kapital für die sowjetrussische chemische Industrie zu interessieren.

Wegen des von der Sowjetregierung aufgestellten allgemeinen Wirtschaftsplanes wurde beschlossen, die ganze intakt gebliebene Arbeitsfähigkeit der verstaatlichten Bergwerke auf einige wenige große Schächte zu konzentrieren. Die mittleren Betriebe sollen unter Kontrolle der Sowjetregierung in Pacht gegeben werden, während auf den kleinen Schachtanlagen die Ausbeute und der Vertrieb der Kohlen wie ehedem vollständig freigegeben wird.

Tagesereignisse.

— (Auflösung der Reichsfleischstelle am 1. Oktober.) Da die seit Wiedereinführung der freien Wirtschaft für Schlachtvieh und Fleisch eingetretene günstige Entwicklung der heimischen Fleischversorgung eine weitere Beibehaltung der besonderen Reichsstelle für Zwecke der Ueberwachung der Fleischversorgung entbehrlich erscheinen läßt, verfügte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Auflösung der Reichsfleischstelle und Verwaltungsabteilung zum 1. Oktober. Die Aufgaben gehen auf das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft über.

— (Freilassung sämtlicher Avignongefangener?) „Journal des Debats" meldet: Der Justizminister hat dem Ministerrat die Begnadigung sämtlicher noch in Avignon zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen vorgeschlagen. Der Ministerrat wünscht vor seiner Entscheidung den Justizausschuß der Kammer zu hören.

— (Frankreich und die Abrüstung.) Leon Bourgeois hat in einem Interview erklärt, daß Frankreich nicht den Weg betreten könne, bevor folgende zwei Bedingungen erfüllt sind: 1. Die Abrüstung Deutschlands und 2. die Ausführungen des Artikels 214 des Völkerbundsvertrages, der die Untersuchung und die Kontrolle der Abrüstung organisiert.

— (286 französische Flugzeugregimenter.) Die französische Militärluftschiffahrt wird im nächsten Jahre über mehr als vierzigtausend Flugzeuge verfügen. Wird der Kriegsetat anerkannt, so dürfte das Fliegerkorps aus 286 Regimentern zu je 312 Eskadrons bestehen. Die Flugzeugfabriken sind wieder stark beschäftigt; auch für Japan und Amerika liegen viele Aufträge vor.

Westfalen und Rheinland.

Hamm, 8. Sept. (Verschiedenes.) Im Sparerpublikum hat sich infolge mißverstandener Anzeigen und Rundschreiben anderer Geldinstitute vielfach die Ansicht verbreitet, daß die Auskunftspflicht der Sparkassen gegenüber den Steuerbehörden besonders weitgehend sei und daß von anderen Anstalten in dieser Hinsicht Vorteile geboten würden. Demgegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Auskunftspflicht für alle Geldinstitute die gleiche ist.

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen:

für	am 2. Septbr.	am 15. August	am 1. August
Holland 100 Fl.	2786 „	2660 Mk.	2478 Mk.
Schweden 100 Kr.	1900 „	1809 „	1653 „
Schweiz 100 Fr.	1505 „	1458 „	1333 „
Frankreich 100 Fr.	691 „	675 „	620 „
England 1 Pfd. St.	327 „	315 „	289 „
Amerika 1 Dollar	87,40 „	86,00 „	81,00 „

(Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mk., in Schweden 112 Mk., in der Schweiz und Frankreich 80 Mk. für je 100, in England 20,43 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar 1920 erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in der Schweiz 1800 Mark für je 100 Gulden bezw. Kronen oder Franken, in England 350,35 für 1 Pfd. St. und in Amerika 103,65 für 1 Dollar bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark nach langem Tiefstand am 26. Mai 1920 in Holland 1200, Schweden 720, und Schweiz 625.)

Auf der Tagung des Vorstandes des **Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes in Königswinter** wurde beschlossen, Maßnahmen zur Einführung des kommunalen Giroverkehrs zu treffen, wie er in den übrigen Teilen Deutschlands bereits in großem Umfange getätigt wird. Zur Aus- und Fortbildung der Sparkassenbeamten sollen geeignete Schulungseinrichtungen geschaffen und auf eine Neugestaltung des Prüfungswesens hingewirkt werden. Zu der Frage der Neugründungen von Sparkassen wurde festgestellt, daß die bestehenden Sparkassen gegenüber neugegründeten Kassen erheblich im Nachteil sind, weil sie schwer unter der Entwertung der Kriegsanleihen zu leiden haben. Zur Verbilligung der Geschäftsführung hält der Vorstand die Zusammenfassung von Sparkassen für erstrebenswert. Künftig wird seitens des Verbandes eine Monats- und Jahresstatistik eingeführt werden. Da der Verband 460 Sparkassen mit einem Einlagebestand von 11 Milliarden Mark umfaßt, ist eine solche Statistik geeignet, wertvolle Aufschlüsse über die jeweilige Wirtschaftslage zu geben.

(Keine Schwerarbeiter-Brotzulagen mehr!) Nach einer Mitteilung des preußischen Landes-Getreideamtes kommen, dem Beschluß der Reichsregierung entsprechend, mit Ablauf des 15. September ds. Js. die Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter in Fortfall.

(Gemeinsame Fernsprechstellen.) Nach der vom 1. Oktober ab gültigen neuen Fernsprechordnung ist — im Hinblick auf die noch herrschende Anschlußnot sowie wegen des bestehenden Wohnungsmangels — künftig die gemeinsame Benutzung von Fernsprecheinrichtungen durch mehrere Personen gestattet. Auf Antrag werden solche Personen, Firmen usw. nach dem Ermessen der Telegraphenverwaltung auch in das amtlichen Fernsprechbücher eingetragen. Nebenstellen, die der Inhaber des Hauptanschlusses auf anderen Grundstücken besitzt, werden künftig in das Fernsprechbuch nicht mehr aufgenommen, weil ein Bedürfnis hierfür nicht vorliegt. Das Fernsprechbuch enthält daher fortan die Hauptstellen sowie die Nebenstellen Dritter. Es wird diesen Personen bei der erstmaligen Uebergabe des Anschlusses unentgeltlich ins Haus geliefert. Bei späteren Auflagen ist das neue Buch binnen 14 Tagen gegen Rückgabe des alten bei der von der Telegraphenverwaltung bestimmten Dienststelle abzuholen, da Massenzustellungen bei dem zunehmenden Umfange der Bücher nicht mehr überall mit Hilfe der Briefträger durchführbar sind, zumal viele Teilnehmer gleichzeitig eine größere Zahl solche Bücher geliefert erhalten. Ueber die Regelung des Abholverfahrens erhalten die Teilnehmer rechtzeitig Nachricht. Wird das Buch nicht abgeholt oder die Zustellung gewünscht, so bringt es die Post gegen eine Gebühr von 1 Mark 50 Pfg. ins Haus. Das alte Buch muß dabei zurückgegeben werden. Dies ist aus Betriebsrücksichten notwendig, weil durch den Gebrauch veralteter Verzeichnisse sehr viele Falschverbindungen und unnötige Anfragen bei den Auskunftsstellen der Fernsprechämter veranlaßt werden. Wird das alte Buch nicht zurückgegeben, so stellt die Telegraphenverwaltung wegen der bestehenden hohen Preise für Altpapier dem Teilnehmer 1/10 des Verkaufspreises des Fernsprechbuches in Rechnung.

(Feld-, Wald- und Wiesenblumen sind luxussteuerpflichtig.) Es klingt wie ein Scherz ist aber dennoch keiner. Denn es heißt tatsächlich in einer vom Reichsfinanzministerium ausgegebenen Anordnung: Gebinde oder Herrichtungen aus Feld-, Wald- und Wiesenblumen unterliegen im gleichen Umfange der Luxussteuer wie solche aus anderen Blumen (Gartenblumen). Hierzu sei erläuternd bemerkt, daß nur derjenige, der sich eine „Herrichtung" aus Wiesen-, Wald- und Feldblumen kauft, die mehr als 30 Mark kostet, die Luxussteuer zu zahlen hat. Es wird gewiß nicht viel Sterbliche geben, die eine derartige umfangreiche „Herrichtung" ersiehen, auch dürfte ihre Anfertigung selten genug vorkommen, indes beweist es, wie weise von der Behörde auch der seltsamste Fall geordnet ist. Ganz eigenartig berührt es aber, wenn in dem gleichen Erlaß vom 14. Mai bestimmt wird, daß einzelne Blumen, z. B. eine kostbare Orchidee oder ein Chrysanthemum, auch wenn sie mehr als 30 Mark kosten, nicht der Luxussteuer unterliegen, denn luxussteuerpflichtig sind eben nur Gebinde oder sonstige Herrichtungen aus Blumen oder Pflanzen, unbeschadet der Logik und des sozialen Ausgleichs.

Wegweiser sind an einzelnen Stellen der Stadt, besonders am Ostentor und an der Unnaerstraße vonnöten. Fast täglich kann man beobachten, wie zum Beispiel am Ostentor die Passanten von ortsunkundigen Personen befragt werden, wohin die einzelnen Wege führen. Dasselbe ist von der Unnaerstraße am Bahnübergang zu berichten. Im Interesse der Fremden, die unsere Stadt durchwandern, wäre die Anbringung von Wegweisern sehr zu empfehlen.

(Stadtwohlfahrtsamt.) Bei der Stadtverwaltung gingen an Spenden zu Gunsten des Altersheims ein: von den Herren Brüggemann aus einer Schiedssache 25 Mk., Scharfenberg aus einer Schiedssache 15 Mk., Lohmann aus einer Schiedssache 10 Mark, Brüggemann aus einer Schiedssache 25 Mk. Den freundlichen Gebern herzlichen Dank!

(TU) **Dortmund, 3. Sept. Ein Schlichtungsausschuß** unter dem Vorsitz des Vertreters des Reichs- und Staatskommissariats für gewerbliche Fragen in Dortmund entschied über Lohnforderungen der Metallarbeiter in Gelsenkirchen. Allen Arbeitern über 21 Jahre wurde ab 1. September eine Stundenlohnerhöhung von 1,15 Mark und den unter 21 Jahren eine entsprechende Staffelung nach unten zuerkannt. Vom 16. August bis 31. August soll die Hälfte dieser Sätze zur Auszahlung gelangen. — Für das Bäckereigroßgewerbe, Brotfabriken und Bäckereien der Konsumvereine wurde für den Dienstbereich des Reichskommissars für gewerbliche Fragen, Provinz Westfalen und der unbesetzte Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf, von einem außerordentlichen Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt, der für sämtliche Bäcker eine Erhöhung des Wochenlohnes um 55 Mark ab 1. September vorsieht.

Dortmund, 3. Sept. (Deutscher Arbeiterbund.) Die Vertreter der Betriebsgruppen der Verwaltungsstelle Dortmund des Deutschen Arbeiterbundes haben in ihrer Versammlung betreffs der Lohnfrage und Teuerung folgende Entschließung angenommen: „Die versammelten Vertreter sämtlicher Betriebsgruppen der Verwaltungsstelle Dortmund des Deutschen Arbeiterbundes stimmen der Entschließung des Zentralvorstandes über die steigende Teuerung einmütig zu. Wir erwarten von den Arbeitgebern, daß eine sofortige Lohnerhöhung entsprechend den Teuerungsverhältnissen in Kraft tritt, damit die Not des Arbeiters, Beamten und Angestellten vermindert und großes Unheil verhütet wird."

** **Dortmund, 3. Sept. Der Verband der Polizeibeamten Preußens**, Ortsgruppe Dortmund, erläßt eine Mahnung an die Bürgerschaft Dortmunds, in der ausgeführt wird, daß die neue Freiheit von einem Teile des Volkes schwer mißbraucht werde. Die Verbrechen nähmen einen Umfang an wie nie zuvor. Es gäbe Leute, die die Polizei als ein notwendiges Uebel ohne jede Existenzberechtigung ansähen. Innerhalb eines Jahres seien sechs Beamte durch Mörderhand gefallen. Bei der vor einigen Tagen erfolgten Beerdigung des Wachtmeisters Münkes seien beim Vorbeigehen eines Beamten die Worte gefallen: Jetzt kommt der dran! Diese Worte bewiesen, daß von einer gewissen Seite planmäßig vorgegangen werde, um die Beamten zu beseitigen. Wenn die Beamten zu schärferen Maßnahmen gezwungen würden, so liege dieses an diesen Verhältnissen, andernfalls müsse man aber auch mehr Anerkennung und Unterstützung seitens des Publikums verlangen, denn auch der Polizeibeamte habe ein Recht zu leben. Das Publikum möge die Polizei in dem schweren Berufe unterstützen, damit endlich einmal dem Berufsverbrechertum das Handwerk gelegt werden könne.

Lünen, 3. Sept. Ein springendes Wunderschwein konnte in letzter Woche ein Anwohner des Neuen Markes sein eigen nennen. Dieser hatte auf dem Wochenmarkt für einen Familienangehörigen ein niedliches Ferkel gekauft und es mangels eines geeigneten Stalles in seiner im zweiten Stock belegenen Wohnung in einer Kiste untergebracht, wo es andern Tags abgeholt werden sollte. In einem unbewachten Augenblick kletterte nun das Tierchen von der Kiste auf das Fensterbrett und sprang von da aus in kühnem Satze durch das geöffnete Fenster auf die darunter befindliche aufgespannte Markise des Sattlermeisters G. und von diesem luftigen Dache aus zur Erde, wo es gesund und munter landete. Zum größten Gaudium der Passanten rannte das Glücksschweinchen, froh der gewonnenen Freiheit, quer über den Markt, ein ganzes Dutzend alarmierter Häscher im Gefolge, die die größte Mühe hatten, des edlen Borstentieres wieder habhaft zu werden.

(O) **Hagen, 3. Sept. (Diebesfreiheit.)** Als ein Amtsrichter in Hohenlimburg sich zur Schöffengerichtssitzung anschickte, machte er die betrübende Wahrnehmung, daß während der Ferienzeit seine Amtsrobe spurlos aus den Gerichtsräumen verschwunden war.

Hagen, 3. Sept. Eine schwere Bluttat spielte sich Mittwoch abend in einer Wirtschaft in der Selbeckerstraße ab. Nach den Aussagen der Täter betraten die Landwirte Schulte aus der Selbecke, zwei Brüder, von der Jagd kommend, das Lokal, in dem ein Autoführer und ein Zigarrenhändler saßen. Die beiden Brüder sollen nun die Frauen, die bei den schon Anwesenden saßen, belästigt haben, worauf ein Streit entstand. Als die beiden Schulte das Lokal verließen, angeblich mit einigen spöttischen Bemerkungen, soll der Chauffeur den beiden nachgelaufen sein und den einen mit einem Revolver angeschossen haben. Der andere Bruder flüchtete, um Hilfe herbeizuholen. Als ein dritter Bruder herzukam, wurde er ebenfalls von dem Wütenden niedergeschlagen. Der erste Verletzte liegt, noch nicht vernehmungsfähig, zu Bett, sodaß von dieser Seite zur Darstellung der Täter noch keine Angaben gemacht werden konnten und die Klarstellung deshalb noch unmöglich war.

** **Dellwig, 3. Sept.** Oberschlesische Flüchtlinge stürmten die Wohnung des polnischen Agitators Pordzik und demolierten die Einrichtung. Pordzik hatte sich öffentlich damit gebrüstet, daß er ein persönlicher Freund Korfanthys sei und den oberschlesischen Einfall mit herborgerufen habe.

(bu) **Boelen, 3. Sept. (Beim Essen vom Blitz erschlagen.)** Hier wurde ein 7jähriger Knabe, der mit seiner Familie zu Tische saß, vom Blitz getroffen und erschlagen.

Handorf, 3. Sept. Eine schwere Bluttat ereignete sich hier gelegentlich des Kriegerfestes in der Wirtschaft P. In später Abendstunde begaben sich einige Festteilnehmer in den Keller, wie es heißt, um dort ein Glas Wein zu trinken. Hierbei gerieten sie in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf einer der Teilnehmer, der Schneider Paul Wallers, einen Revolver zog und seinen Gegner, einen hiesigen Dreschmaschinenbesitzer, aus nächster Nähe durch die Brust schoß. Der Getroffene war nach wenigen Minuten eine Leiche. Das Fest fand hiermit einen jähen Abschluß. Der Revolverheld wurde in Haft genommen.

(O) **Arnsberg, 3. Sept. (Der erste Reif.)** In der Nacht zum 31. August sank das Erdbodenthermometer auf — 2 Grad Celsius. Dem Frühaufsteher boten sich die Ruhrwiesen mit Reif bedeckt.

(O) **Halver, 3. Sept. (Festgenommener Erpresser.)** Ein fünfzehnjähriger Knecht schrieb an den Landwirt Ernst Pulvermacher einen Erpresserbrief, worin er die Niederlegung eines Geldbetrages von 10 000 Mark an einer bestimmten Stelle verlangte. Als der Erpresser das Geld abholen wollte, wurde er verhaftet. Beim Verhör wurde festgestellt, daß der junge Mann durch das Lesen von Schundliteratur auf den verbrecherischen Gedanken gekommen ist.

? **Bochum, 3. Sept. (Jugendliche Straßenräuberin.)** Vorgestern nachmittag wurde in einem Hause in der Weierstraße eine alte Frau von einem jungen Mädchen überfallen und ihr die schwarzlederne Handtasche mit 315 Mk. Inhalt entrissen. Die Räuberin hatte die Frau in einem Geschäft beobachtet, wo sie Einkäufe machte, bei ihr das Geld bemerkt und war ihr dann unauffällig gefolgt.

(bu) **Essen, 3. Sept.** Ein unliebsames Abenteuer erlebte der Kassenverwalter Ewald Kreczh aus Münster, als er eines Tages mit dem Abendzuge von Münster nach Essen kam. Er hatte eine Summe von 35 000 Mark im Auftrage der Fürsorgezentrale für Flüchtlinge an das Flüchtlingslager Recklinghausen abzuliefern. Das Geld bewahrte er in einer ledernen Handtasche auf, die er als Handgepäck am Hauptbahnhof Essen abgab. Dann unternahm er einen Rundgang durch die Stadt, auf dem er zwei Frauenspersonen kennen lernte, mit denen er einen nächtlichen Zug durch die Weinkneipen unternahm. Als er am folgenden Morgen die Weiterreise antreten wollte, mußte er am Ge-

Frauen-Schönheit verleiht rosiges, jugendfrisches Antlitz u. ein rein. zarter Teint. Alles dies erzeugt die echte Steckenpferd-Seife die beste Lilienmilchseife

Lore Werneburg.

Roman von Hedwig von Putkamer.

(Nachdruck verboten.)

19. Fortsetzung.

Doch der Tag kam, an dem Lores Name wieder einmal in aller Leute Mund war. Die Hauptstraße des Städtchens führte über den Fluß hin, der gerade unterhalb der Brücke zum Teich angestaut war und eine Schneidemühle trieb. An einem ins Wasser hineingebauten Steg pflegten die Frauen in dem schnell dahinschießenden Wasser ihre Wäsche zu spülen, die dann auf den sich anschließenden Wiesen gesprengt wurde. Als Lore eines Tages, vom Spazierritt heimkehrend, im Schritt die Brücke überquerte, gellte plötzlich von dem Teich her, an dem die Frauen mit Spülen aufgehört hatten und der Reiterin nachstarrten, ein Kindergeschrei in höchster Angst. Lore fuhr aus ihrem Sinnen hoch. Ein helles Kleidchen schwamm in dem trüben Strom, der sich zum Mühlrad drängte. Die Weiber am Ufer schrien und starrten hilflos und verzweifelt. Ehe noch der Reitknecht heranwar, glitt Lore vom Pferd. Der Fuchs scharrte und nickte, blieb aber ganz brav stehen, als sie mit schnellem Griff die Mechanik ihres Reitrocks löste und ihm das Kleid über den Sattel warf. In ihren schwarzseidenen Beinkleidern und hohen Schaftstiefelchen sprang das junge Mädchen wie ein schlanker Page über den Zaun, hinunter zum Teichrand, und warf sich ohne Besinnen mit einem Schwung von dem Steg herab in das schmutzig graue Wasser. Es gelang ihr nach ein paar kräftigen Stößen, das schon besinnungslose Kind zu fassen. Sie brachte den schweren Körper mit Mühe, sich gegen die Strömung stemmend, auf Nacken und Schulter und setzte alle Kraft daran, aus dem zum Mühlrad drängenden Gefäll herauszukommen. Es glückte. Leichenblaß von der Anstrengung, doch mit einem wunderlich starken Leuchten in den Augen, brach sie am Ufer in die Knie und ließ das Kind den hilfreichen Händen, die sich ihr entgegenstreckten. Einen Augenblick der Schwäche mußte sie überwinden. Die Menge der herbeigeeilten Leute war ihr entsetzlich. Der Reitknecht drängte sich hindurch; totenblaß von der um seine junge Herrin ausgestandenen Angst, hielt er ihr den Reitrock hin. Sein gutes, hilflos dummes Gesicht weckte Lores Lebensgeister und reizte sie zum Lachen.

„Ach Unsinn, Jakob!" sagte sie und es klang schon wieder ganz frisch, „gib mir deinen Gaul und dann los, nach Hause!" Sie griff nach seinem Arm und stieß ihn vor sich durch die Platz machende Menge. Gewandt sprang sie, ohne seine Hilfe, auf den Herrensattel des Braunen, gab ihm die Schenkel und jagte im Galopp davon, während Jakob, den Fuchs am Zügel und ihren Rock auf dem Arm, sich nur langsam von den ihn umdrängenden Menschen befreien konnte.

Die Aufregung in der Stadt war unbeschreiblich. Am Stammtisch, in den Läden, bei allen „Visiten", überall war nur von Lores kühner Tat die Rede. Die beiden Zeitungen, die sich sonst heftig befehdeten und in denen aus Prinzip die eine das tadelte, was die andere lobte, fanden sich für diesmal in dem Lobartikel zusammen, der den Vorgang am Teich schilderte. Das kleine Mädel, Töchterchen eines der größten Fleischer am Ort, spielte schon wieder munter mit den Geschwistern, da saß der Vorstand der Fleischerinnung mit dem Kirdorfer Gesangverein in einer langen Sitzung beisammen und beschloß einstimmig, Fräulein Lore Werneburg einen Fackelzug mit Ständchen zu bringen. Die Auswahl der Lieder bereitete viel Kopfzerbrechen, schließlich wurde das Programm aber doch festgesetzt, nachdem in heftiger Debatte Schuberts „Das Meer erglänzte weit hinaus" verworfen worden war.

„Bloß weil es vom Wasser handelt, können wir doch nicht als einzigen Gesichtspunkt gelten lassen?", entschied der Vorsitzende des Gesangvereins, „bedenken Sie, meine Herren, es ist ein junges Mädchen, dem wir was vorsingen wollen, da wäre doch die Anspielung am Schluß von dem unglückseligen Weib und den vergifteten Tränen nicht angebracht. Wie wäre es denn mit „An der Weser"?"

Es war ein wunderschöner Herbstabend, Frau Werneburg wanderte langsam Arm in Arm mit Lore durch den Park. Sie sprachen nur wenig. Mutter und Tochter fühlten sich einander so nahe, daß es nicht vieler Worte zwischen ihnen bedurfte. Schweigen zwischen zwei Menschen kann wie ein starker Strom sein, der ihre Herzen zusammenführt und mit seiner lebendigen Kraft nur einem gemeinsamen Ziele zuträgt. Es kann aber auch eine hohe Mauer werden, an der sich ihre tastenden, suchenden Seelen wund und müde flattern, wie die Falter am Licht und endlich klaglos, mit gebrochenen Flügeln zu Boden sinken.

„Es wird kühl, Herzenskind!", Lore folgte nachgiebig und weich, wie sie jetzt immer gegen die Mutter war, hinauf zum Gartensaal.

Da stand der Diener und meldete, während er die Lampen anzündete: „Von der Stadt her kommt ein Fackelzug — für gnädiges Fräulein!" Sein sonst unbewegtes Gesicht strahlte. Sie waren alle unbändig stolz auf „unsere Lore".

Die lachte hell auf. „Um Gotteswillen, wo verstecke ich mich?"

„Nein, Lore, das geht nicht! Du darfst die guten Leute nicht so kränken. Franz, stellen Sie Obst, Wein und Kuchen zurecht, wir werden ja doch jemand hereinbitten müssen."

Also es half nichts. Durch die helle Dämmerung wand sich eine schwarze Schlange auf der Chaussee heran, schier endlos die Menge, die sich den Fackelträgern angeschlossen hatte. Sprühende Funken zerflatterten unter qualmendem Dunst, die Gesichter waren phantastisch rot bestrahlt und die wunderlichen Formen der steifen Hüte aus allen Moden der letzten Jahrzehnte schwankten grotesk in der unsicheren Beleuchtung. Mit gewichtigen Schritten ging die Fleischerinnung voraus, geführt von zwei Altgesellen im ledernen Schurzfell mit der Innungsfahne, deren reiche Goldstickerei matt glänzte.

Vor dem Hause angelangt, unter dessen gedeckter Einfahrt die beiden Damen den Zug erwarteten, spielte die Musik den letzten Tusch, der ein bißchen unrein herauskam, weil das Bergauf ihnen den Atem benommen hatte. Es schadete aber nichts. Sie fanden es trotzdem alle sehr schön, besonders, als nun der Obermeister vortrat und eine Rede hielt. Der schlichte Mann fand so ehrliche und herzliche Worte des Dankes, als er seinem Vaterherzen freien Lauf ließ, daß Lore sich vor Rührung und Beschämung zugleich die hellen Tränen abwischen mußte. Was hatte sie denn so Besonderes getan? Die weiche Stimmung verflog jedoch schnell, als der Männerchor mit viel Emphase und Stimmaufwand, aber leider wenig musikalischem Gehör seine Huldigungslieder vortrug. Dann folgte ein Gedicht. Die Tochter des Klempnermeisters von der Ecke am Markt trat vor und machte einen Hofknicks. Sie war vor kurzem aus der Pension zurückgekehrt und benutzte gern die Gelegenheit, ihrer Vaterstadt zu zeigen, was richtige Pensionsbildung aus dem Menschen machen kann. „Die Bürgschaft", von Friedrich von Schiller", kündigte sie an, und ehe Lore sich noch von ihrer Verblüffung über die merkwürdige Auswahl gerade dieses Gedichtes zu gerade dieser Gelegenheit erholt hatte, war die Vortragende schon mitten in der dramatischen Steigerung der klassischen Verse:

„Da treibt ihn die Angst, da faßt er sich Mut
und wirft sich hinein in die brausende Flut
und teilt mit gewaltigen Armen
den Strom, und ein Gott hat Erbarmen!"

„Ach ja, darum!" Lores Augen funkelten nur so vor Uebermut, doch der Mutter tadellose Selbstbeherrschung zwang auch sie zur Ruhe und Haltung. Als dann im Gartensaal die Bewirtung der Innungsvorstände mit ihren Damen, die es „sich doch auch nicht hatten nehmen lassen wollen", wie sie sagten, des Gesangvereins und noch allerlei anderer, die sich aus Neugier mit hineingeschmuggelt hatten, vor sich ging, schuf die fröhliche Zwanglosigkeit, mit der Lore jeden wie einen alten Bekannten begrüßte, eine unbefangene und übermütige Stimmung zwischen sonst so streng sich scheidenden Gesellschaftsklassen. Amtsgerichtsrat von Wiedebach, der den auf Urlaub befindlichen Bürgermeister vertrat, hielt eine begeisterte Ansprache auf das Haus Werneburg.

Als die Mutter Lore den Gute-Nacht-Kuß auf die heißen Wangen drückte, neckte sie: „Lore, du böse Heuchlerin, wie hast du dich nur so verstellen können, als du so herzlich mit der kleinen Klempnerstochter sprachst?"

Lore machte große Augen. „Aber mein Mutter, es war mir ganz so herzlich zu Sinn. Sieh mal, sie gab doch ihr Bestes! Das rührte mich. Ueberhaupt, sie gaben alle ihr Bestes, was sie haben, sich selbst, ganz echt und unverfälscht. Soviel Dank habe ich ja gar nicht verdient."

„Mein Herzenskind", sagte die Mutter innig und zog sie fest an sich, „gabst du denn nicht erst recht dein Bestes ohne Besinnen, dein junges Leben?"

„Ach, Mutter es war doch nur Zufall, daß ich es gerade tun mußte. Jeder andere hätte doch ebenso gehandelt."

„Meinst du?" zweifelte die Aeltere und zog die Augenbrauen fast verächtlich hoch.

„Ja, ich glaube doch noch an das Gute in jedem Menschen", meinte das junge Mädchen energisch, „du hast mir ja selber den schönen Glauben wieder aufgeweckt!"

(Fort. folgt.)

Geschäftes feststellen, daß ihm bei der Verfolgungsfahrt der Gepäckschein gestohlen und die Handtasche mit den 35 000 Mark inzwischen abgeholt war. Das Schöffengericht hatte den Chauffeur Friedrich Prinz, der die Handtasche abgeholt hatte, zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, die Ehefrau Rademacher aber, mit der der Kassenbeamte die Vergnügungstour unternommen hatte, von der Anklage, ihrem Begleiter den Schein gestohlen und ihn ihrem Liebhaber, dem Angeklagten Prinz, in die Hände gespielt zu haben, freigesprochen. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung verurteilte heute die Strafkammer beide Angeklagte zu je 1 Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Das gestohlene Geld, das der betrogene Beamte selbst ersetzen muß, hatten die Angeklagten in Köln und anderen Städten bis auf den letzten Pfennig verjubelt.

(W) **Köln**, 3. Sept. (Der Besuch des Reichswirtschaftsministers.) Auf seiner Reise durch das Industriegebiet traf der Reichswirtschaftsminister Schmidt in Köln ein. Er wurde durch Vertreter des Handels, namentlich durch die Präsidenten der Handelskammern und des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirkes Köln und des Verbandes Kölner Großfirmen in den Räumen der Handelskammer empfangen. In der Begrüßungsansprache sicherte der Handelskammerpräsident Geheimrat Hagen dem Reichswirtschaftsminister die Unterstützung zu in der Erwartung, daß die Reichsregierung die immer schwieriger werdende Wahrnehmung der Interessen des besetzten Gebietes nachdrücklich fördere und unterstütze. Der Reichswirtschaftsminister sagte dies in seiner Erwiderung zu. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es der Energie und der Initiative von Industrie und Handel, von deren Wirksamkeit er auf seiner Reise ein so glänzendes Zeugnis gesehen habe, gelingen werde, der schwierigen Lage Herr zu werden. Die Reichsregierung werde nicht unterlassen, ihrerseits auf die Beseitigung der Hemmungen hinzuwirken, unter denen zurzeit das besetzte Gebiet zu leiden habe.

** **Köln**, 3. Sept. Die Kartoffelpreise sind in den letzten Tagen infolge starker Zufuhren aus dem Norden und Westen stark gesunken. Den Berichten zufolge gehen die Preise weiter zurück, da ausgiebiger Regen die Entwicklung der Spätkartoffeln günstig beeinflußt. Im Großhandel kostet der Zentner Speisekartoffeln 60 bis 65 Mark frei Empfangsstation.

(O) **Trier**, 3. Sept. (Drei Personen vom Starkstrom getötet.) Bei Arbeiten an der Starkstromleitung im Walde oberhalb der Ohroner Talsperre kam ein Monteur mit einem herunterhängenden Stück Draht der Hochspannungsleitung in Berührung. Zwei weitere Leute sprangen hinzu, um ihn zu befreien. Dabei fanden alle drei ihren Tod.

Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen.

Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. von Campe hat in wiederholten Auslassungen den Standpunkt vertreten, daß der demokratische Gedanke in noch weit stärkerem Maße in der Deutschen Volkspartei Boden fassen müsse, als es bisher schon geschehen sei. In einem neuerlichen Artikel in der volksparteilichen „Kölnischen Zeitung" hat er diesen Gedanken nunmehr auch dahin ausgeführt, daß er die Demokratie für die einzig mögliche Grundlage unserer Ordnung erklärte und eine Regierung der Mitte als allein tragfähig empfahl. Nach diesem Artikel äußerte der parteioffiziöse „Demokratische Zeitungsdienst" den Wunsch, die Deutsche Volkspartei möge parteioffiziell erklären, ob sie „hinter diesen Aussprüchen und Erkenntnissen ihres erfahrensten Parlamentariers" stehe. Darauf hat das parteioffiziöse Organ der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz", geantwortet, daß es für den, der „die Aeußerungen aller parlamentarischen Führer der Deutschen Volkspartei und die sonstigen amtlichen, halbamtlichen und privaten Kundgebungen derselben" einigermaßen aufmerksam verfolgt hätte, eigentlich nicht notwendig sei, die Frage des „Demokratischen Zeitungsdienstes" noch besonders zu beantworten. Aber, so fährt die „Nationalliberale Korrespondenz" fort:

„Zur Beruhigung des „Demokratischen Zeitungsdienstes" wollen wir aber hier in aller Form erklären, daß die Deutsche Volkspartei mit den Aeußerungen und der Stellungnahme des Herrn Abg. Dr. v. Campe durchaus und in jeder Hinsicht einverstanden ist. Seine Ausführungen gipfeln in der Erkenntnis, daß eine Gesundung unserer innerpolitischen Verhältnisse nur durch eine aktive Realpolitik der Mittelparteien möglich sei, zu denen außer der Deutschen Volkspartei selbst das Zentrum, die Demokratische Partei und in gewissem Sinne die Sozialdemokratische Partei zu rechnen seien. Vielleicht erinnert sich der „Demokratische Zeitungsdienst" der Tatsache, daß der Abgeordnete Dr. Stresemann als der Führer der Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag sich die größte Mühe gegeben hat, die Mehrheitssozialisten zur Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei zu veranlassen, freilich zu einer Zusammenarbeit, nicht zu der von den Mehrheitssozialisten stets geforderten und unberechtigten ausschließlichen Vorherrschaft ihrer Partei im Reich und in Preußen. Die Verwirklichung dieses Gedankens wäre wahre Demokratie, wie sie auch der Abg. Dr. v. Campe vertritt."

Eine deutschnationale Korrespondenz bemerkt hierzu: Mit dieser Kundgebung hat die Deutsche Volkspartei mit dankenswerter Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß sie nicht mit der Deutschnationalen Volkspartei Hand in Hand zu arbeiten gewillt ist, sondern danach trachtet, mit Demokraten, Zentrum und Sozialdemokratie zusammen in eine sogenannte „Regierung der Mitte" zu treten. Aus dieser Haltung und diesem Bestreben der Deutschen Volkspartei kann man wieder einmal erkennen, wie falsch es ist, von „den beiden Rechtsparteien" oder gar den „nationalen Bruderparteien" zu sprechen. Es gibt nur eine Rechtspartei, und das ist die Deutschnationale Volkspartei! Die Deutsche Volkspartei will keine Rechtspartei sein, sondern hat sich in ungezählten Auslassungen immer als „Mittelpartei" bezeichnet. Und auch der in ihr lebende Geist trennt sie durch eine Kluft von den Deutschnationalen und stellt sie an die Seite der Demokratie und Sozialdemokratie, mit denen sie sich durch das internationale Judentum innerlich verbunden fühlt. Gegenüber dieser Grundtatsache besagt es gar nichts, wenn einzelne Mitglieder der Deutschen Volkspartei den Deutschnationalen näher stehen als den Demokraten und Sozialdemokraten. Es kommt immer auf die von der Zentralleitung der Partei betriebene praktische Politik an, und diese ist, wie die „Nationalliberale Korrespondenz" erneut erklärt, auf eine sogenannte „Regierung der Mitte" gerichtet, unter zielbewußter Ausschließung der Deutschnationalen Volkspartei. Die Deutschnationalen wissen nun endlich, was sie von der Deutschen Volkspartei zu halten haben.

Ein Aufruf der Offiziersverbände.

Der Reichsoffiziersverband, der Nationalverband der Offiziere und der Deutsche Offiziersbund veröffentlichen einen Aufruf, in dem es heißt: Im Zusammenhang mit der von uns aufs schärfste verurteilten Ermordung Erzbergers geht durch die Oeffentlichkeit eine neue Welle der Verhetzung gegen alles, was früher dem Vaterlande als Soldat gedient hat. Wir erheben schärfsten Einspruch gegen dieses Staat und Volk gefährdende Treiben. Wir fordern die Regierung auf, gegen alle, die neue Unruhen und neues Unglück über unser Volk bringen, unnachsichtlich und unparteiisch einzuschreiten. Wir sehen in der Unterdrückung der Meinungsfreiheit weiter Kreise unseres Volkes kein geeignetes Mittel, um zu der dringend notwendigen Beruhigung zu kommen und berufen uns in dieser Beziehung auf die eigenen Erfahrungen der deutschen regierenden Parteien.

Die Notlage der Kriegsbeschädigten.

(TU) Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter teilt mit: Am 29. August hat zwischen den Organisationen der Kriegsopfer und dem Reichsarbeitsministerium eine Beratung stattgefunden, wie der zurzeit bestehenden Notlage der Kriegsbeschädigten entgegengewirkt werden könne. Die Vertreter des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener kennzeichneten die völlig unhaltbaren Zustände als Auswirkung einzelner Bestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes. Alle Verbände stimmen darin überein, daß nur eine schleunige Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes gemäß den Vorschlägen der Organisation eine endgültige Besserstellung der Kriegsopfer bringen würde. Zur Besserung der augenblicklichen Notlage fordern die Organisationen gemeinsam die Erhöhung der Teuerungszuschläge auf 60% für die Ortsklassen A und B, auf 90% für die Ortsklasse C und auf 100% für D und E, rückwirkend ab 1. August. Ferner soll die Regierung im Vorschußwege eine sofortige Hilfsaktion einleiten, welche vor allem den Kriegshinterbliebenen und -Beschädigten zugute kommen soll. Das Reichsarbeitsministerium hat die Forderungen der Verbände entgegengenommen und wird in nächster Zeit die Stellung der Reichsregierung und der Parteien einholen. Daraufhin sollen in einer weiteren Sitzung die endgültigen Maßnahmen beschlossen werden. Die bisher zutage getretene Auffassung der Regierungsvertreter läßt nur geringe Hoffnungen zu auf eine großzügige Verbesserung der Bezüge der deutschen Kriegsopfer.

Die Torpedierung der „Torringtown".

Eine englische Darstellung.

In der Strafsache gegen den Führer des deutschen U-Bootes 55, Kapitänleutnant Werner, wegen der auf der Höhe der Scilly-Inseln erfolgten Torpedierung des englischen Hospitalschiffes „Torringtown", wobei 34 englische Seeleute umkamen, wurde jetzt der einzige Ueberlebende der „Torringtown", Kapitän Starkey als Zeuge vor dem Polizeigericht vernommen. Nach einem Bericht des Reuterschen Bitros, dessen Zuverlässigkeit schon oft großer Zweifel begegnete, führte zunächst der Anwalt der britischen Regierung aus, daß das Schiff von Gibraltar nach Barry Roads fuhr und nur ein Geschütz lediglich zu Verteidigungszwecken an Bord hatte. Ein Mann am Ausguck sichtete Rettungsboote. Daher wurde der Kurs des Schiffes ein klein wenig geändert, damit es etwa Ueberlebenden Hilfe leisten könnte. Plötzlich bemerkte der Kapitän die Spur eines Torpedos. Der Torpedo traf das Schiff, das beschädigt, aber nicht gesunken war. Kurz darauf kam ein Unterseeboot an die Oberfläche und eröffnete sofort das Feuer auf die Torringtown, ohne aber weiter sie zu beschädigen oder jemanden zu töten. Kapitän Starkey befahl der Mannschaft, in die Rettungsboote zu gehen. Darauf mußte Starkey und die Mannschaft des Rettungsbootes auf das Unterseeboot kommen und sich auf Deck aufstellen. Starkey wurde später unter Deck verhört und beschuldigt, Pirat zu sein. Ein Unterseebootsoffizier bemerkte, daß die Mannschaft der Torringtown selbst für sich sorgen könnte. Deutsche Seeleute fuhren in den Rettungsbooten zur Torringtown. Als sie zurückkamen, bemerkte man, daß sie Vorräte hatten, die aus einem zweiten Rettungsboot genommen worden waren. Das Unterseeboot tauchte 20 Minuten unter. Die auf Deck befindlichen englischen Seeleute wurden heruntergespült und ertranken. Zu dieser Zeit war kein anderes Schiff zu sehen. Das Unterseeboot kreuzte beinahe den ganzen Tag in der Nähe. Die See war vollkommen ruhig und die Rettungsboote in gutem Zustand. Während Starkey gefangen auf dem Boote war, wurden zwei andere Schiffe fast in der gleichen Weise torpediert. Mit der Mannschaft wurde ähnlich verfahren. Starkey wurde nach Deutschland geschickt, kehrte bei Beendigung des Krieges zurück und erstattete darauf Bericht.

Der Beschwerde-Ausschuss des Reichsrates.

(TU) Der Ausschuß des Reichsrates für Beschwerden gegen das Verbot periodischer Druckschriften setzt sich wie folgt zusammen: Für Preußen: 1. Dr. Nobis, Ministerialdirektor im Staatsministerium, 2. Dr. Rödenbeck, Ministerialrat, Geheimer Oberregierungsrat im Ministerium des Innern. Stellvertreter Dr. Meister, Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Huber, Ministerialdirektor, Geh. Oberjustizrat im Justizministerium. Für Bayern: Dr. v. Preger, Gesandter. Stellvertreter Dr. v. Nüßlein, Staatsrat. Für Sachsen: Dr. Koch, Gesandter, Staatsminister a. D., Wirkl. Geheimrat. Stellvertreter Dr. Poetzsch, Ministerialrat und Geh. Legationsrat. Für Württemberg: Hildenbrand, Gesandter. Stellvertreter Schäffer, Ministerialdirektor. Für Thüringen: Münzel, Ministerialdirektor. Stellvertreter Dr. Fischbein, Ministerialdirektor. Für die Hansastädte Dr. Nebelkauh, Stellvertreter Stolten, Bürgermeister Hamburg.

Meinungsverschiedenheit zwischen Rathenau und Guggenheimer?

(TU) Im Anschluß an die Verhandlungen im Hauptausschuß des Preußischen Landtages über die Reparationen läßt sich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" aus Berlin melden: Die offiziös verbreitete Meinung, daß zwischen dem aus dem Amte geschiedenen Reichskommissar Guggenheimer und dem Wiederaufbauminister Dr. Rathenau eine Spannung nicht bestanden habe, ist, wie wir bereits mehrfach hervorgehoben haben, falsch. Guggenheimer hat als Präsident der Rücklieferungskommission mit der Gegenseite sehr weitgehende Abmachungen getroffen. Als Ersatz für das Industriematerial, auf dessen Rücklieferung Frankreich verzichtet, soll Deutschland liefern: 1. 120 000 To. anderweitiges Industriematerial, das seiner Art nach denjenigen Maschinen usw. entspricht, auf deren Rückgabe Frankreich Verzicht leistet. Dieses Material soll in erster Linie aus Beständen, die der Reichsregierung zur Verfügung stehen, entnommen werden. 2. Uebernimmt Deutschland Frankreich gegenüber die Verpflichtung, bis zur Abtragung von 158 Millionen Goldmark in Sachleistungen 5% Zinsen bis zur Tilgung zu zahlen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die deutschen Verpflichtungen bei diesem Abkommen ganz außerordentlich hoch in Ansatz gebracht worden sind. Nach Auffassung zahlreicher Sachkenner insbesondere auch von Personen, die in der Rücklieferungskommission an maßgebender Stelle tätig sind, erreichen die Verpflichtungen zu den tatsächlichen deutschen Lieferungen nach Abzug der 120 000 Tonnen bei weitem nicht den Betrag von 158 Millionen Goldmark. Dr. Rathenau scheint das auch anerkannt zu haben. Anscheinend ist es gerade in diesem Punkt zu ernsten Auseinandersetzungen zwischen ihm und Guggenheimer gekommen. Guggenheimer hatte auch in Aussicht genommen, daß die Sachlieferungen, welche Deutschland für die 158 Millionen Goldmark zu tätigen hatte, nur in solchen industriellen Maschinen bestehen sollten, die nach ihrer Art den zurückgelieferten Maschinen gleichkommen. Es würden dann in der Hauptsache Maschinen usw. abgeliefert werden können. Damit wäre sichergestellt, daß nur ein beschränkter Kreis von Firmen an der Abtragung der 158 Millionen Goldmark hätte mitwirken können, insbesondere die von Herrn Guggenheimer vertretene Manag. Dr. Rathenau hat anscheinend erreicht, daß für die 158 Millionen Goldmark Sachlieferungen jeder Art erfolgen sollen. Die Gegenseite hat sich hierzu zweifellos leicht bereitgefunden.

Zur Begnadigung mitteldeutscher Aufständischer.

Das Wolffbüro teilt mit: In der Presse wurden wiederholt Nachrichten über die Begnadigung der am mitteldeutschen Aufstand beteiligten und durch die Sondergerichte verurteilten Personen verbreitet. Die Meldungen sind durchweg irreführend, insbesondere soweit zahlenmäßige Angaben über die Begnadigungsfälle gemacht worden sind. Der Reichspräsident verfuhr bei den Gnadenerlassen in Uebereinstimmung mit dem in der Reichstagsresolution über die Begnadigungen ausgesprochen Grundsatz. Es fand insbesondere eine Nachprüfung der durch die Sondergerichte verhängten Zuchthausstrafen statt und hier ließ die Gnadeninstanz in geeigneten Fällen unter Berücksichtigung der besonderen Umstände und Einzelfälle in größerem Umfange die Umwandlung der erkannten Zuchthausstrafen in Gefängnisstrafen zu, in einigen Fällen Festungsstrafen. Die Behauptung, daß die Leute, die durch Gewaltakte, Mordbrennereien oder andere gemeine Verbrechen am Aufstand beteiligt sind, begnadigt aus der Haft entlassen wurden, ist falsch. Der Reichsjustizminister wird bei der ersten Gelegenheit im Reichstag über die Handhabung des Begnadigungsrechtes sich äußern. Eine zahlenmäßige Uebersicht über das Ergebnis der Gnadenverfahren wird dem Reichstage beschleunigt vorgelegt. In der Oeffentlichkeit wird auch die Nachricht verbreitet, daß Hölz begnadigt sei oder werden soll. Eine solche Maßnahme wurde niemals in Erwägung gezogen.

Wie es in Petersburg aussieht.

Petersburg macht von weitem mit seinen vergoldeten Kirchtürmen und Kuppeln den alten imposanten Eindruck; geht man aber durch die Straßen, so sieht man den Verfall. In einigen Straßenzügen sieht man nur noch die kahlen Mauern. Alles Holz im Innern ist herausgebrochen und zu Brennmaterial verwandt. Einige Häuser sind vollständig demoliert. Sämtliche Vordereingänge der Häuser sind vernagelt; alles muß über die Hintertreppen. Von Geschäften sind nur einige Kramläden geöffnet, im übrigen Straßenhandel. Acht Straßenbahnen verkehren, die Fahrten sind frei, man hat aber selten Gelegenheit, mitzukommen. In Reihen geordnet stehen die Menschen und warten, bis sie einmal mitkommen. Droschken verkehren auch. Eine Fahrt vom Newski bis zum Liegeplatz der Schiffe kostet 80 000 Rubel, die kürzeste Fahrt beginnt mit 4000 Rubel. Eine halbe Flasche Limonade kostet 1500 Rubel, eine Tasse Kaffee 2500 Rubel, für ein Kilogramm Kakao werden 40 000 Rubel gezahlt. Fleisch und Fleischwaren sind überhaupt nicht zu sehen. In der Hauptsache nährt man sich von Brot und Hülsenfrüchten. Ein Pfund Brot unter der Hand gekauft kostet etwa 4000 Rubel. Die Mittelstraßen, welche zum größten Teil mit Holz gepflastert waren, sind aufgerissen und die Pflasterung verbrannt. Jetzt beginnt man aber wieder, diese zu erneuern. Die Lagerschuppen am Hafen sind ziemlich gut erhalten; Stückgüter können gelagert werden. Kräne sind auch noch vorhanden, jedoch wegen Kohlen- und Elektrizitätsmangels außer Betrieb.

Unkraut mit Rattenfleisch.

„Berlingske Tidende" wird aus Helsingfors gemeldet: Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Aufruhrbewegung in Rußland ständig zunimmt. Die Sowjetregierung in Moskau hat einen Ausschuß eingesetzt, dessen ausschließliche Aufgabe die Bekämpfung der vielen Aufstände ist, die in allen Teilen Rußlands ausbrechen, namentlich in den von der Hungersnot heimgesuchten Gebieten. Das Gebiet von Samara ist vollkommen von allen Lebensmitteln entblößt. Alles zur Verfügung stehende Unkraut, das noch irgendwie genießbar ist, wird zu hohen Preisen verkauft. An Fleisch gibt es nur noch Rattenfleisch. Infolge dieser Ernährung sind zahlreiche Krankheiten ausgebrochen. Zwei Dampfer mit 1200 Tonnen Lebensmitteln der amerikanischen Hilfsaktion sind in Riga eingetroffen. Nach Moskau gingen 22 Eisenbahnwagen mit amerikanischen Lebensmitteln ab. 11 Mitglieder der amerikanischen Hilfsaktion reisen in den nächsten Tagen dahin ab.

Indische Massenschlächterei.

In einem Telegramm über die Aufstände in Vorderindien sagt der Korrespondent der Times in Bombay, es sei zu befürchten, daß derartige Aufstände in der allernächsten Zeit auch in anderen Teilen Indiens ausbrechen würden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die mohammedanische Bevölkerung Indiens durch die Haltung Großbritanniens in der Kalifrage und ganz besonders in bezug auf den Feldzug gegen die Nationalisten in eine gefährliche Stimmung geraten sei. Man solle nicht vergessen, daß die Zeit herannahe, für welche Ghandi Ströme von Blut prophezeit habe. Die Aufständischen kämpfen mit einem Fanatismus und mit einer Wildheit, wie man sie bisher nur bei den Stämmen an der Nordwestgrenze gewohnt sei. Sie tragen alle grüne Armbänder, von denen sie glauben, daß dieselben sie gegen den Tod schützen. Aber selbst, wenn sie sehen, wie die Kameraden rechts und links von ihnen durch die Maschinengewehre buchstäblich niedergemäht werden, ließen sie sich nicht abschrecken.

Aus aller Welt.

— **Drohbriefe an Scheidemann.** Der Oberbürgermeister von Kassel, Scheidemann, der sich gegenwärtig in Kissingen zur Kur aufhält, erhielt in der letzten Zeit von anonymen Schreibern mehr als 70 Drohbriefe, in denen ihm angekündigt wird, daß sein Leben ein ähnliches nehmen werde wie das Erzbergers.

— **Im Berliner Gastwirtsgewerbe** werden in den nächsten Tagen die Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen der Gasthausangestellten und -gehilfen beginnen, die gegenüber den bisherigen Sätzen zum Teil eine Erhöhung von mehr als 100 Prozent fordern. So wird u. a. von den Oberkellnern in den Hotels und Weinrestaurants ein Wochenlohn von 750 Mark verlangt, für männliche und weibliche Angestellte in den Bierrestaurants ein solcher von 500 Mark. In Berliner Gastwirtskreisen besteht, wie die „Vossische Zeitung" hört, nur wenig Neigung, sich zu einer derartigen Erhöhung der bisherigen Löhne bereit zu erklären.

— **Selbstmord des 17jährigen Massenmörders.** In der vorgestrigen Nacht hat der Jenaer Massenmörder Willi Wenzel im Gefängnis seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Dadurch ist es unmöglich geworden, Aufklärung in seine zahlreichen Verbrechen zu bringen. Der Polizeibericht von Jena bezeugt, daß der wegen Mordverdachts verhaftete Schleifer Willy Wenzel 5 Menschenleben auf dem Gewissen hat. Wenzel ermordete folgende Personen: Am 1. August 1917 die 19 Jahre alte Alma Schindler aus Kraltsdorf, am 1. oder 2. Februar 1918 die beiden Komplizen, die Einbrecher Paul Luft und Karl Neubert, am 19. November 1920 die 16jährige Martha Luge. Die Leichen, die der Mörder auf einem Berggrundstück am Jenzig verscharrt hatte, sind teils bereits ausgegraben. Der Mörder ist am 11. 5. 94 in Jena geboren.

— **Typhus- und Ruhrepidemie in München.** In München herrschen Typhus und Ruhr. In der Stadt kamen bisher 67 Ruhrfälle, 52 Typhusfälle und 4 Todesfälle, im Landkreise 37 Ruhrfälle, 38 Typhusfälle und 11 Todesfälle vor. Die Epidemie scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben.

— **Eine sechzigjährige Frau von Marokkanern vergewaltigt.** Im sogenannten Eichenwäldchen in der Nähe von Griesheim wurde eine sechzigjährige Frau bewußtlos aufgefunden. Sie war von Marokkanern vergewaltigt worden und mußte mit einem Automobil ins Krankenhaus gebracht werden.

— **Spielklub aufgehoben.** Ein in Baden-Baden während der Rennwoche gegründeter Spielklub wurde polizeilich aufgehoben. Geld und Karten wurden beschlagnahmt. Die Klubmitglieder, darunter mehrere bekannte Berliner Spielhöllenbesitzer, wurden verhaftet. Ein Holländer und ein Franzose wurden gegen Hinterlegung von 25 000 Mark Kaution aus der Haft entlassen.

— **Nobel.** „Herr Ober, ich habe vorhin einen Zehnmarkschein verloren, wenn Sie ihn finden, möchte ich ihn wiederhaben, andernfalls können Sie ihn als Trinkgeld behalten."

Wetterbericht.

6. Sept.: Wenig verändert.
7. Sept.: Sonne, Wolken, ziemlich kühl, teils Regenfälle windig.
8. Sept.: Kaum verändert.
9. Sept.: Wolken, teils Sonne, strichweise Regen. Milde.
10. Sept.: Wenig verändert.

Wenn Säuglinge durch irgendwelche Umstände nicht selbst gestillt werden können, so reiche man ihnen das bereits durch Generationen bewährte Nestle's Kindermehl, welches durch seine stets gleichbleibende Reinheit und Güte die absolute Sicherheit bietet, dem Wachstum und Gedeihen der Kinder förderlich zu sein. 2294

Erklärung.

Die in dem Artikel Nr. 202 des „Hammer" erwähnte Besprechung hat stattgefunden. Unrichtig in dem Bericht ist, daß ich die Absicht ausgesprochen hätte, eine Orgesch zu organisieren. Ich habe nur dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß ich zum Schutze der Ernte und der noch auf dem Felde befindlichen Früchte die Einrichtung eines lokalisierten Selbstschutzes für die Landwirtschaft erforderlich hielte. An eine gesetzlich verbotene Bewaffnung habe ich nicht gedacht. Selbstschutz-Organisationen in diesem Rahmen sind nach den bestehenden Bestimmungen durchaus zulässig. Die Landwirte haben ebenso gut wie jeder andere Staatsbürger das Recht, gewaltsame Eingriffe in ihr Eigentum in dieser Weise zurückzuweisen.

Hamm, den 1. September 1921.

Schulze-Pelkum,
Landrat.

In dem Artikel des „Hammer", auf welchen sich die vorstehende Erklärung bezieht, hieß es: „... Im Kreise Soest haben sich die Landwirte zusammengetan und zahlen pro Morgen Land eine bestimmte Summe Geldes in eine zentrale Kasse ab, um sich selbst zu bewaffnen. Der Landrat Schulze-Pelkum aus Hamm ist der Organisator der neuen Orgesch. Er wollte Rücksprache mit dem Reichsbund nehmen, verirrte sich im Namen oder in der Telephonnummer, bestellte den Gauleiter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten zu sich und eröffnete ihm, daß er beabsichtige, unter den Landwirten unseres Kreises eine Organisation zu schaffen. Er glaubte, etliche hunderttausend Mark zusammenzubekommen, die vollkommen zur Bewaffnung ausreichten. Der Reichsbundmann sollte ihm als die am besten dazu geeignete Stelle dabei behilflich sein."

Nur noch 4 Tage!

Reste und Abschnitte

Grosse Neuauslagen in allen Abteilungen:

Fabrik-Reste Kleider- u. Schürzenkattun	bestes Fabrikat von ca. 25 cm Länge jeder Rest		0.75
Fabrik-Reste Bettkattun	aus der grössten Kattun-Druckerei Deutschlands	teilweise mit kleinen Druckfehlern, frische Muster in nur guten Qualitäten . . . . . Meter	19.50
Fabrik-Reste Schürzendruck	aus einer ersten Fabrik Westfalens	teilweise mit kleinen Druckfehlern echt indijoblau, ca. 120 cm breit . . . . . Meter	18.00
Fabrik-Reste Eolienne	Wolle mit Seide, in allen modernen Farben	Serie I Meter 25.00 · Serie II Meter 35.00 · Serie III Meter 60.00 · Serie IV Meter	90.00
Baumwollwaren-Reste u. Abschnitte	in Längen bis zu 8 Metern	Serie I Meter 6.00 · Serie II Meter 9.00 · Serie III Meter 12.00 · Serie IV Meter	15.00
Kleider- u. Blusenstoff-Reste u. Abschnitte		Serie I Meter 15.00 · Serie II Meter 30.00 · Serie III Meter 50.00 · Serie IV Meter	75.00

Schlafdecken
Serie I Grösse 130/180 19.75 · Serie II Grösse 140/190 22.50

GEBRÜDER ALSBERG
Hamm, Bahnhofstrasse.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sowie für die reichen Kranzspenden, insbesondere Herrn Pastor Kochs für seine trostreichen Worte am Grabe

danken wir herzlichst.

Dank auch dem Turnverein zu Kamen und dem Sauerländischen Gebirgsverein für die Teilnahme.

Familie Johann Wahlhäuser.

Kamen, im September 1921. 3796

Armee-feldküchenkessel

zum Einmauern, emailliert, mit Deckel, 125 und 200 Liter Inhalt (als Wäschekessel sehr preiswert).

3759 **Carl Fluhme,** Bergkamen, Telephon 198. Telephon 198.

Barmer Bank-Verein
Hinsberg, Fischer & Comp., Unna, Bahnhofstr. 45.

Kapital und Reserven **Mk. 260 000 000**

Annahme v. Spargeldern zur Verzinsung (4% bei 6 monat. Kündigung).

Gewährung v. Personal- u. Realkrediten

An- u. Verkauf von Wertpapieren, Wechseln auf Ausland u. fremden Geldsorten

Eröffnung von provisionsfreien Scheckkonten. 1946

Vermietung von Stahlschrankfächern.

Wohn- u. Geschäftshaus

mit Anbau, Hofraum und Garten, der Ww. des Architekten Friedrich Heimeier gehörend, soll durch den Unterzeichneten verkauft werden. Die Besitzung mit einem Flächeninhalt von 11,74 ar ist in Kamen, Kämerstr. Nr. 25, belegen.

Kaufangebote werden bis zum 9. Sept. 1921 erbeten.

J. Ebbers, beeid. Auktionator, Kamen, Bahnhofstr.
3797 Fernruf 32.

Meine Frau war über 50 Jahre an einer häßlichen

Flechte

behaftet. Kein gesundes Fleckchen hatte sie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medizinal-Seife wurden die Flechten in 6 Wochen beseitigt. Diese Seife ist Tausende wert. E. B." Dazu Zuckooh-Creme, nichtfettend und fetthaltig. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Warum ist?

„Terrahe's Heilseife" als Kinder-Seife allgemein bekannt und beliebt? Weil dieselbe vorzüglich desinfiziert, das Wundwerden verhindert u. einen üppigen Haarwuchs hervorruft. Stck. Mk. 6.50 Zu haben in den Apotheken u. Drogerien

Verkaufsstelle: **Drog. Klinkmann.**

Mehrere alte eiserne

Oefen

zu sofort zu kaufen gesucht. 3795

Angebote an **Baubüro O. Frühling,** G. m. b. H., Bahnhofstraße 40.

Tüchtiger

Schneidergehilfe,

welcher Lust hat, die Damenschneiderei zu erlernen, bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht.

G. Mannschke, Damenschneider,
3758 Ostenmauer 12.

Wollen Sie wirkungsvolle

künstlerische Plakate

zum Aushang bringen? — Dann wenden Sie sich an die

Druckerei der Kamener Zeitung Kamen.

Trauer-Briefe

und andere Trauer-Drucksachen

werden sofort nach Bestellung angefertigt.

Kamener Zeitung G. m. b. H.

Geschäftsstelle: Weststraße 10.
Druckerei: Unnaer Straße 168.

Haus

in der Stadt gelegen, wenn möglich gleich beziehbar, zu kaufen gesucht.

Angebote unter **Nr. 3790** an die Geschäftsst. 3744

Klavier

mit Garantieschein, wie neu, billigst zu verkauf.

Fritz Jürgens, Hamm i. Westf. Oststr. 61, Tel. 1290.

Anständiges, kräftiges

Mädchen

nicht unter 18 Jahren, in sämtlichen Hausarbeiten erfahren, gegen guten Lohn sofort gesucht. Gute Behandlung. 3751

Ernst Meune, Weststr. 47a.

In unser Handelsregister A ist heute unter Nr. 141 die offene Handelsgesellschaft „Kamener Lichtspiele, Rudzuck & Lander" in Kamen eingetragen. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kinobesitzer Gustav Rudzuck und Wilhelm Lander, beide zu Kamen.

Kamen, 30. August 1921.
3792 Das Amtsgericht.

Ein gutes Mittel bei Hautausschlägen, Flechten, Hautjucken, äußerlichen Entzündungen, Pickeln, Mitessern und dergl. ist die bekannte Zucker's Patent-Medizinal-Seife, deren hervorragende Eigenschaften in dem unserer heutigen Gesamt-Auflage beiliegenden Prospekt von sachkundiger Feder gewürdigt werden. Unsere Leser seien auf den ebenso lehrreichen, wie interessanten Inhalt dieses Prospektes noch besonders hingewiesen.

Ein gebrauchtes

Schlafzimmer

zu verkaufen. 3793

Bergkamen, Moltkestraße 44.

Drainröhren

in allen Weiten liefert waggonweise 3344

Heinrich Dalhoff, Hiltrup i. W., Tel. 22.

Wohnungstausch

Methler.

Abgeschlossene 1. Etage, 4 Zimmer, evtl. mit Garten, gegen 3- bis 4-Zimmerwohnung mit Stallung und Garten zu tauschen in Methler oder Umgegend. Offerten unter **K. D.** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung. 3776

Anzeigen aller Art

inseriert man erfolgreich in der

Kamener Zeitung.